

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Kassiererin, Frau Grampel, die
auch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Verwaltungsstelle Nr. 7249.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Belegblätter
Bestellt für die einpaltige
Beilage oder deren Stamm
20 Pfennige, für Belegblätter
Belegblätter 10 Pfennige.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Donnerstag, den 5. März 1896.

7. Jahrgang.

Bundesrätliche Socialpolitik.

Wer geglaubt hat, Herr von Bötticher würde es bei seiner schönen Rede über die Confections-Arbeiterinnen bewenden lassen und würde sonst Nichts für diese armen Frauen und Mädchen thun, der muß zugeben, daß er sich getäuscht hat. Ein offenbar auf den Einfluß des Herrn von Bötticher zurückzuführender, unmittelbarer bevorstehender Act des Bundesraths wird angekündigt, welcher den so sehr ausgebeuteten Confectionsarbeiterinnen Schutz gewähren soll. Zunächst sollen die Vorschriften der Gewerbeordnung, die in der Paragraphe 135 bis 139b enthalten sind und die sich auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern im Fabrikbetriebe beziehen, auch auf die Werkstätten ausgedehnt werden, in denen die Herstellung von Kleidung und Wäsche stattfindet. Dies kann durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths geschehen.

Herr von Bötticher hat also etwas gethan, aber es wird nicht viel damit zu erreichen sein. Die §§ 135 bis 139b enthalten die Vorschriften über die Beschäftigung, die die Gewerbeordnung bietet und auf das sich die bürgerlichen Parteien so viel zu Gute thun, während man damals alle die weitergehenden Anträge der Socialdemokratie abgelehnt hat. Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung bleiben hinter der englischen Fabrikgesetze von 1844 zurück. Zunächst dürfen Kinder unter 13 Jahren nicht in Fabriken beschäftigt werden; junge Leute von 14—16 Jahren sollen nur 10 Stunden arbeiten dürfen; aber diese jugendlichen Arbeiter sollen eine volle Sonntagsruhe haben. Arbeiterinnen von mehr als 16 Jahren dürfen nicht mehr als 11 Stunden täglich, an den Vorabenden von Con- und Festtagen nicht mehr als 10 Stunden beschäftigt werden.

Dieser elfstündige Normalarbeitstag für Arbeiterinnen bedeutet allerdings einen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen, und seine Wirkungen werden auch zweifellos in manchen Industriezweigen, wo Frauen und Männer zusammen beschäftigt sind, es dahin gebracht haben, daß mit der Arbeitszeit der Frauen auch diejenige der Männer sich von selbst auf elf Stunden fixirt. Aber gegenüber den heutigen Zuständen ist eine Arbeitszeit von elf Stunden viel zu lang; die industrielle Entwicklung fordert gebieterisch eine kürzere Arbeitszeit, denn die Ausnutzung der Arbeitskräfte wird immer intensiver.

Der Bundesrath kann auch die Verwerbung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, laut § 139a, für solche Fabrikationszweige, die mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Gesundheit verbunden sind, untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig machen.

Aber der bundesrätliche Eingriff wird in den meisten Fällen gänzlich erfolglos bleiben. Wo die Meister, die von den Confectionären mit der Lieferung der Waaren betraut sind, in Werkstätten arbeiten lassen, da können die geringen Schutzbestimmungen, welche die Gewerbeordnung enthält, zur Anwendung gelangen; die ganze Hausindustrie wird nicht davon betroffen. Denn in Bezug auf die Hausindustrie fehlt

jede Controlle und Ueberwachung, und die Behörden, die mit der Ueberwachung der Fabrikbetriebe betraut sind, ständen vor einer einfachen Unmöglichkeit, sollten sie die Hausindustrie auch nur einigermaßen beobachten.

Hier kann nur eines helfen, nämlich die zwangsweise Einführung von Werkstätten. Dann könnten die Aufsichtsbehörden die Vorschriften der Gewerbeordnung durchführen.

Wenn die Meister keine Arbeit mehr in die Wohnungen geben dürfen, dann hört auch jede Concurrenz „höherer Töchter“ auf, die von Herrn von Bötticher mit Recht so scharf verurtheilt worden ist. Denn diese Damen, die armen Näherinnen Concurrenz machen, um sich die Anschaffung von Ballkleidern oder eine Sommerfrische zu ermöglichen, werden sich nicht so leicht in eine Betriebswerkstätte setzen. Ein Frauencomité hat dieser Tage an solche „höheren Töchter“ die Aufforderung ergehen lassen, ihre Concurrenz wenigstens während des Auslandes einzustellen. Wir glauben nicht, daß diese Aufforderung irgend einen Erfolg gehabt hat. Der Werkstättenzwang würde dagegen die schmachliche Concurrenz radical beseitigen.

Aber da treten die gewöhnlichen Bedenken bei den herrschenden Klassen auf. Bürgerliche Blätter bekämpfen den Werkstättenzwang im Namen der „Freiheit“ und freimüthige Zeitungen waren es, die meinten, die Lage der Confectionsarbeiterinnen wäre überhaupt „nicht so schlimm.“ Wo eben St. Manchester einmal die Herren verhärtet hat, da werden keine Beweise mehr genügt; da ist Gopfen und Maß verloren. Aber auch Herr von Bötticher ließ sich offenbar durch das Widerstreben der Unternehmer gegen den Werkstättenzwang einschüchtern und erklärte im Reichstage seiner Zeit, daß man so weit nicht gehen könne.

Was wird nun werden? Wenn den Herren Unternehmern oder Meistern die Gewerbeordnung unangenehm wird, so gehen sie die Werkstätten auf und vergeben die Arbeiten in die Häuser. Dann ist man so weit wie zuvor, resp. die Anwendung der §§ 135 bis 139 wird absolut wirkungslos.

Es soll die Commission für Arbeiterstatistik sich an die Arbeit machen und soll „mit thätigster Beschleunigung“ die Lage der Arbeiterinnen in der Confectionsbranche und Wäschereien „nach anderen Gesichtspunkten näher untersuchen.“ So wollen es die Herren vom Bundesrath.

Gut; die Commission wird hoffentlich eine verdienstvolle Arbeit liefern. Aber welches sind denn die „anderen Gesichtspunkte“, von denen ausgehend weiter geforscht werden soll? Die Lage dieser Arbeiterinnen ist schon nach allen Seiten hin gründlich untersucht worden, sowohl auf privatem Wege durch Arbeitercommissionen, als auch von Behörden, und Niemand bestreitet, daß ihre Lage eine mehr als traurige ist, eine solche, die sofortige Abhilfe erheißt. Die Commission kann ohne Zweifel ganz mögliches Material herbeischaffen, aber das kann lange dauern und irrischen verfallen Tausende von fleißigen und ordentlichen Mädchen dem Elend, der Krankheit und der Prostitution. Die ganze Sache ist durchaus spruchreif und wenn mit dem Werkstättenzwang auch nur die

ringten Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung eingeführt werden, so wäre doch etwas erreicht, wenngleich dies nur ein Sporn für die dringende Forderung besserer Bestimmungen sein könnte.

Die Betriebe so zu gestalten, daß eine behördliche Aufsicht möglich ist, das ist die Hauptsache. So lange dies nicht geschieht, werden fast alle Maßregeln erfolglos sein.

Wir können uns gar keinen vernünftigen Grund denken, warum die Gesetzgebung in diesem Punkte gerade bei den Großconfectionären Halt machen sollte. In tausend anderen Fällen müssen die Betriebe so eingerichtet werden, daß die Behörden sich vergewissern können, ob Niemand Schaden an Gesundheit oder sonstwie nehme, und grade hier sollte man um eines falscherstandenen Begriffes von „Freiheit“ willen nicht eingreifen? Man spricht leider dabei nur von der Freiheit der Unternehmer, nicht aber von der Frechheit der Tausende von Proletarierinnen, die in ihrem Verstande auch beim besten Willen und beim angestrengtesten Fleiß sich nicht dagegen schützen können, langsam dem Mangel zu erliegen.

Hoffen wir, daß eine baldige Zukunft die Betriebswerkstätten bringen wird!

Politische Rundschau.

Berlin, den 4. März.

Aus dem Reichstage. Der dritte Tag der Beratung der Zuckersteuervorlage förderte wesentlich neue Gesichtspunkte nicht zu Tage. Die Redner ergingen sich zum großen Theil in Wiederholungen der Gründe und Gegengründe, die an den beiden Tagen vorher schon vorgetragen worden sind. Das Charakteristische der Discussion bestand wieder darin, daß sich eine große Verschiedenheit in der Beurtheilung des Entwurfs herausstellte. Mit der Vorlage, wie sie ist, war — mit Ausnahme des nationalliberalen Herrn Paasche, des eigentlichen Führers des Reiches — niemand einverstanden. Auch die agrarischen und industriellen Anhänger des Entwurfs verwerfen bald diese oder jene Bestimmung und erhoffen alles von der einigenden Kraft der Commissionsberatung. Dazu kommt der Widerstreit zwischen den Interessen der Agrarier östlich und westlich der Elbe. Die östlichen Zuckerbetriebe sind im Verein mit den polnischen Großgrundbesitzern die Betriebssteuer als eine Schädigung des im Osten besonders entwickelten Großbetriebs in der Zuckerindustrie, verwerfen die Contingentirung, da ihre Betriebe noch besonders ausdehnungsfähig sind, und wollen von einer Begünstigung der mittleren und kleinen Betriebe des Westens, die eine geringere Betriebssteuer zu zahlen hätten und an sich schon unter günstigeren natürlichen Bedingungen arbeiten, nichts wissen. Als Wortführer dieser Richtung trat heute Herr von Stauby in einer sehr umfangreichen Rede auf, während die prinzipielle Gegenschicht gegen die Einmischung des Staates in die Production zu Gunsten einer engen Interessencoterie in Herrn Barth zum Wort kam. — Die Rechte hatte die unfeine Absicht, dem Abg. Richter und unserem Genossen Schippel durch einen Schlußantrag das Wort abzuschneiden. Dem kam die Linke durch einen Berathungsantrag zuvor. Nachdem die Majorität diesen Antrag abgelehnt

wurden dürften. Sie sind Bürgermeister gewest, mein Lieber.

... Danken Sie ab! Danken Sie ab!

„Unverschämter, schweigen Sie!“ schrie der Angegriffene und erhob die Faust zum Schläge. Rümmerling kam ihm zuvor. „Unverschämter ist Ihre Dummheit, Ehrenwörter, mit ihr kann man eine Hand umwerfen.“ ... Zugleich schlug er ihm seinen hohen Cylinder um die Ohren. Der alte Gutkrachte und barst der Länge nach. Des Bürgermeisters Perücke flog in eine Ecke und entblößte einen Schädel, so haarlos und glatt wie nach Raie einer Frau. Sie drohen aufeinander ein wie zwei echte Kausbolde, hielten sich aber, den Thüren nahe zu kommen und etwa übermäßig zu streiten, um keine Zuschauer anzulocken. Rauchend fuhr die Luft aus ihren Lungen. Nachdem Keiner mehr einen Arm heben konnten, hielten sie das Gesicht ein, und Einer nach dem Andern schlich sich still davon.

Was hatte Rümmerlings Jörn so gereizt, daß aus dem gewöhnlichen Schaf ein blutdürstiger, perückenwütiger Tiger geworden war?

Doppl hatte vom Präsidium Besitz ergriffen und forderte nun, zum ersten Programm-punkt übergehend, Dr. Schwarz zur Rechenschafts- und Candidatenrede auf. Doch kein Dr. Schwarz ließ sich blicken. Er hatte mit dem Bürgermeister einen Plan verabredet, nach welchem ihm erst das Vertrauen und der Dank ausgesprochen werden sollte, und hierauf erst wollte er das Wort ergreifen. Durch die vollständig ungeahnte Ueberrumpelung war aber dieser schöne Plan ins Wasser gefallen.

„Will vielleicht einer der Herren für oder gegen Schwarz oder die Partei, welcher dieser Herr bis jetzt angehört, das Wort ergreifen?“ fragte Doppl. Rümmerling fuhr mit seiner Hand in der Tasche herum, erhob sie aber nicht so hoch, daß der Vorstehende sie sehen konnte.

„Nun, was jögern Sie denn? Jetzt ist der günstige

Die „Gesellschaft“ von Abingen.

Eine Geschichte aus der Kleinstadt von Nicolaus Kraus.
Nachdruck verboten.

Nach und nach füllte sich der Saal. Die Leute schoben sich durch die Thür, als ginge es um eine Ecke, nach allen Seiten warfen sie ihre Blicke. Und hatte einer einen Bekannten erpäht, dann schob er wie ein Habicht nach dem Tische, an welchem Jener saß, riefte einige Male auf seinem Stuhle hin und her und begann zu reden, nachdem das Bier gekommen, das er bestellt hatte.

Um sieben Uhr trat der Bürgermeister an den grünen Tisch, schwang die Glocke und begann, nachdem Ruhe eingetreten: „Ich eröffne hiermit die Versammlung und schlage Ihnen als Vorsitzenden ...“

„Kaufmann Doppl vor,“ rief unterhalb des Podiums die kräftige Bassstimme des Schlossermeisters Grünes.

„Hoch! ... Bravo! ... Ja, das ist der Richtige,“ schrie die übergroße Mehrheit der Versammlung und warf zum Zeichen des Einverständnis die Arme in die Höhe.

Doppl hatte sich in der Nähe gehalten, sprang auf's Podium, trat zu dem Tische, ergriff die Glocke und klingelte. „Mitbürger, ich danke Euch für die Wahl.“ Niemand vernahmte sich und ließ sich auf den Stuhl nieder. Das war Alles so unregelmäßig und schnell vor sich gegangen, daß der Bürgermeister vor Erschrecken noch ganz starr war, als Doppl den einem Anderen zuredenden Platz schon eingenommen hatte. Jetzt versuchte er zu sprechen, aber die Röhle war ihm wie zugeklemmt, nur ein halbrollender, halb schlingender Ton kam aus seiner Brust. Doppl winkte einem in der Nähe stehenden Bekannten, dieser trat zu dem durch die gelungene Ueberrumpelung ganz niedergeschmetterten Bürgermeister und führte ihn in das kleine Zimmer, welches Saal und Orchesterraum miteinander verband.

Wie ein Wolf in seinem Käfig ging er in dem kleinen Gemache auf und ab, steckte jetzt beide Hände in die Hosentaschen, fuhr sich dann durch die schönen Haare seiner Perücke, trommelte an den Fensterscheiben, Lieb stehen und lauschte nach dem Saale hin, von welchem ihm ein wirres Tongemenge entgegen schlug, vergleichbar dem fernem Branden der See.

Plötzlich erfolgte ein infernalisches Hohngelächter, Beifallgelläch und Fußtrampeln, daß er glaubte, das ganze Gebäude müsse in Trümmer gehen. Die Thür, welche nach dem Orchestertriumme führte, wurde aufgerissen und in derselben erschien das blaße, zornige, wuthperzernte Gesicht des Herrn Josef Maria Rümmerling. Dieser setzte sich auf eine schmale Sammetbank, die an der Wand hinkiel, nahm seinen Seidenthut zwischen die Knie und rief: „Da! So etwas mir. ... Zum Gespött der ganzen Stadt geworden! ... Wo ist das lachende Gesicht? — Juch! Wo ist die Gutmüthigkeit des Abgeordneten? ... Noch futsch. ... Und wo die Rache an meinen Nebenb? ... Am Allerlustigsten. ... Geh, Rümmerling, laß Dich begraben, Du bist ein Tölpel. Oh! Aber doch kein so großer, wie unjet alloverhrt Herr Bürgermeister. ... Ja! Sie meine ich,“ rief er und schob seinen Zimmergenossen an. „Sie sind ja davon, elzufen wie ein Schulbub, dem der Lehrer eins hinter die Ohren gegeben. Sie sind Schuld an Allem.“

„Was? ... Ja? Mein Herr, darüber werden Sie Rechenschaft geben müssen.“

„Rechenschaft geben? ... Ihnen? ... Das ist nicht lach. ... Wofür denn? Etwas, weil Sie die gute Sache klammert haben? Fragen Sie nur Ihre Freunde, die werden Ihnen schon sagen, wer Rümmerling zu geben hat. Auf keinen Fall ich, der wie ein Lamm zur Schlachtbank geführt, in's Garn gelockt wurde. Ihnen, mein Herr, verdanke ich es, wenn ich meinen guten Ruf verloren habe. Aber Sie

Angriff auf die Grundlagen unseres Staatswesens sein. Das muß offen ausgesprochen werden. Wir sind Alle ohne Ausnahme aufs äußerste daran beheimatet, daß die Wahlvorlage nicht um Geseh werden möge. Die Wahlvorlage kann nicht verbessert werden. Die einzig mögliche Verbesserung ist ihre Verwerfung. Um des Wohles des Landes willen muß sie fallen. — Von den „Bevorrechtigten“ Ordnungsbüro im Königreich Sachsen wird nur Professor Sohn jedenfalls in Acht und Bann erklärt werden, hat doch das amtliche „Dresdn. Journ.“ bereits angedeutet, daß er zu jenen „Nebelwollenden“ gehöre, die den Versuch machen, die „Königstreuen im Vaterlande unzufrieden zu machen und gegen das neue Geseh aufzuzuzigen.“ „Wer der Herr verderben will, den schlägt er mit Blindheit“ sagt die Bibel.

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Wahlreform-Ausschuss hat den badenischen Entwurf als Grundlage für die Specialberathung angenommen und ist in dieselbe eingetreten. Allerdings ist von den vielen Paragraphen nur der erste Artikel des Grundgesetzes erledigt worden; aber so viele Bestimmungen noch kommen, sie sind alle technischer Natur und können das Wesen der Reform nicht verändern. Was diese Reform will, ist bekannt. Dem Unrecht der heutigen Wahlordnung will sie eine Unstimmigkeit angedeihen, den privilegierten Kreisen eine allgemeine Wählerklasse mit zweiundsechzig Mandaten, in der die Verhältnisse der allgemeinen und gleichberechtigten Wahlrecht sind. Im Wahlrecht haben sich, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet, nur drei vernünftige Leute gefunden, die eine, wenn auch ganz geringe Verbesserung dieses unmöglichen Planes versuchten. „Der bescheidene Antrag des Abgeordneten Komarczuk, die Zahl der Mandate für 5 Millionen Wähler auf neunundachtzig zu erhöhen, wurde, so geringfügig er ist, von den verblendeten Beschlüssen der Majorität brutal niedergestimmt, und damit das erste Schauspiel noch widerwärtiger wurde, entspann sich zwischen ihnen ein ekelhaftes Gezänk über die Vertheilung der zweiundsechzig Mandate; um den mageren Knochen balgten sie sich wie hungrige Hunde. Man muß sie nur hören, diese bornirten Selbstsuchlinge! Da stehen die Polen auf und erklären, Galizien sei benachtheiligt, wenn es nur fünfzehn Abgeordnete bekomme; es solle neunzehn haben; Herr Kunz will für Krain statt eines Mandates deren zwei; Herr Dupul verlangt für die Bukowina eines mehr; Herr Wanger befragt sich über die Verfürzung Schlesiens und Kärntens; Herr Kraus erklärt, Steiermark sei am meisten benachtheiligt; und so mit Grazie weiter. Und doch stimmen sie alle für das Unrecht, für die zweiundsechzig Mandate und verzichten auf jede Möglichkeit, das schreiende Unrecht wenigstens im Unerträglichsten zu mildern! Wie wenn zweiundsechzig eine magische Zahl wäre, an der nicht gerüttelt werden dürfte! Freilich, wenn man entschlossen ist, das Volk mit dem denkbar kleinsten Broden abzufüttern, fragt man nicht nach Vernunft und nicht nach Gerechtigkeit; das allgemeine Unrecht erjährt die besondere Benachtheiligung der einzelnen Länder.“

Serbien.

In der serbischen Monopol-Hauptklasse wurde ein Fehlbetrag von einer halben Million Dinar entdeckt. Der Thäter, ein Bruder des ehemaligen Finanzministers Petrowitch, ist flüchtig. In Folge der fortwährenden Unregelmäßigkeiten auf dem Belgrader Hauptpostamt und der Togatage, daß die aus dem Ausland einlangenden Postanweisungen erst nach einigen Tagen ausbezahlt werden, haben die ungarische und die österreichische Postdirektion beschlossen, bei dem nächsten Weltkongresse die Aufhebung oder Einschränkung des Geldanweisungsverkehrs mit Serbien zu beantragen. — Trotz der fortwährenden Geldklemme, in der sich Serbien befindet, wurden doch im vorigen Jahre 250,000 Dinar zu „Preßwecken“ verwendet. Der größte Theil dieser Summe floß in die Taschen jener europäischen Zeitungen, welche die Welt durch lobhuldbelnde Berichte über Serbien belügen.

Holland.

Das Niederländische Arbeitersocietariat zählt jetzt 31 Organisationen mit 18,000 Mitgliedern, gegen 25 Organisationen mit 15,000 Mitgliedern im Vorjahre. Der bekannte „revolutionäre“ Socialist A. Van Emmeres, Redacteur des „Voormaats“ in Arnhem ist in das Ausland geflüchtet. Er hatte 9 Monate Gefängnis abzusitzen. Der „Voormaats“ in Arnhem, mit dem Kopfbild „De Volksaan“ für Nord-Holland, und das Wapenbild „De Rooie Duivel“, haben ihr Erscheinen eingestellt. Sie gehören der Partei Nieuwenhuis an.

Dänemark.

Der bereits gemeldete Sieg des bürgerlich-radicalen Dr. phil. Karsten Hansen bedeutet für die Rechte einen harten Schlag. Ihr Candidat, der frühere Cultusminister Scavenius, war zu großen Reformzwecken innerhalb der Partei aufgetreten. Unsere Genossen stimmten selbstverständlich gegen den Herrn Cultusminister, der während seiner Amtszeit an den berüchtigten verfassungswidrigen Finanzgesetzen theilhaftig war. Im Uebri gen kristall es innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Die Proteste gegen den von seiner Zeit gemeldeten Umfall ihrer Abgeordneten in der Festungsfrage mehrten sich. Daneben greifen radicale Tendenzen, die von dem Socialismus zu unterscheiden sind, immer mehr auf — in der Presse sowohl wie im Publikum, so schrieb z. B. die „Abendzeitung“ nach dem Wahlsieg in Valby Folgendes, das den deutschen Freisinnigen und Volksparteilern die Scham in die Wangen treiben mußte: „die Entwürdigung, die wir vor unseren Augen vollzieht, bedarf allerdings der Abtreibenden Personen, aber beugt sich vor ihnen nicht. Eine Gesellschaftsauffassung dringt vorwärts, die mächtiger ist als

irgend eine, die bisher die Geschichte gekannt hat. Es ist die Auffassung, daß alle Menschen das gleiche Recht an die Erde und ihre Güter haben. Und diese Auffassung wird jeder andere belegen, die aus dem Klassenhaat der Vergangenheit stammt.“ Leider ist man hier oben gegenwärtig bemüht, zwei deutsche Eigenthümlichkeiten einzuführen, die wenig Völkerverständnis an sich haben: Flottenpläne und Polizeistrikane. Indessen weht der demokratische Wind so rauh, daß den beiden Culturbüchlein ein baldiges Ende vorhergesagt werden kann.

England.

Fünfundfünfzig Millionen Pfund, also mehr als 1100 Millionen Mark für Ausbau und Ausrüstung von mehr als siebzehzig Fahrzeugen jeder Art, die nach Verlauf von drei Jahren fertiggestellt sein sollen: eine solche Ausgabe muß selbst in unserer Zeit der riesigen Militärbudgets und selbst mit Rücksicht auf den Reichthum Englands ungeheuerlich, schier erschreckend erscheinen. Unwillkürlich denkt man an die Transvaal-Affaire und die abernern Drehungen, die da in England gegen das deutsche Reich gefallen sind; und die alles Maß überschreitenden Marineraüstungen scheinen eine Bedrohung zu bedeuten. In Wahrheit ist ein Zusammenhang zwischen dem chauvinistischen Lärm der letzten Wochen, bei dem die englische Regierung so eifrig mitthat, und diesen gewaltigen Flottenverordnungen vorhanden, nur ist er anderer Art. Die englische Regierung hat einfach die französischen, deutschen und sonstigen Muster nachgeahmt, monach man jedesmal Kriegelärm salbt, wenn man sich anschaut, die Taschen der Steuerzahler für Militärzwecke gründlich auszuleeren. Was dort der „Ehrend“ und die „russischen Truppenverschiebungen“ thun, muß hier die Auffiacelung des Colonial-Ehrgeizes, „die drohende Landung in Altengland“ bezogen. Der Militarismus findet die Völker für seine Bedürfnisse nur bereitwillig, wenn ihre brutalsten Instinkte des Hasses und der Kurcht aufgereizt werden. Und dabei hat der englische Marineminister Gochsen gewiß Recht, wenn er zum Vergleich auf die großen Heeresrüstungen der Festlandestaaten hinweist; für England bedeute eine neue Flotte, was für jene ein Armecorps. Zweifellos rufen die mahnmüthigen Rüstungen die Eimen Staates mit logischer Consequenz noch wahnsinnigere in dem anderen Staate hervor. Nur daß sich die englischen Flottenverstärkungen rascher in praktische Wirkungen ausdrücken werden, in einem noch rascheren und fähreren Tempo, in einer Colonialpolitik vom Schlage der Jambonischen. Solches aber wird auch die Festlandestaaten veranlassen zu ihren ungeheueren Heeresrüstungen ebenso ungeheure Seerüstungen zu betreiben. Und dabei rufen alle Flotten geradezu für die Kumpelkammer. Durch die raschen Fortschritte gerade der Schiffbautechnik veralten die Kriegsschiffe meist schon während des Baues. In seinen letzten Ueberredungen eilt der Militarismus seiner Selbstvernichtung zu, und daß die neue englische Flottenrüstung ein gewaltig Stück auf diesem Wege bedeutet, kann einigermaßen trösten bei dem Gedanken an die sinnlose Vergewand von Kraft und Reichthum der Nation, die sie bedeutet.

Eine wichtige Neuerung soll im englischen Strafverfahren eingeführt werden. Der Angeklagte, sowie dessen Ehegatte sollen künftighin berechtigt sein unter ihrem Eid über den Gegenstand der Anklage vorzutommen zu werden. Bisher war es allgemeine Regel, daß der Angeklagte zu seiner Verteidigung keine Aussage unter Eid machen dürfe. Die neue Bill stellt es natürlich sowohl dem Angeklagten, sowie dessen Ehegatten an ihm, von diesem Recht Gebrauch zu machen, so daß besonders der Letzte nicht gezwungen werden kann eine Aussage gegen den Angeklagten zu machen, sondern berechtigt bleibt, diese zu verweigern.

Afrika.

Kämpfe in den Colonien gehören neuerdings zu den selbstverständlichen Aufgaben der „Culturstaaen“. Spanien hat auf Cuba, Portugal in Goa und auf Timor, die Niederlande auf Bornoe, Italien in Abyssinien kriegerische Verwicklungen, England und Frankreich haben eben ihre Feldzüge im Afsantland und auf Madagaskar „siegreich“ beendet; da muß auch Deutschland sein Abenteuer haben. Das in Livepool aus Westafrika eingetretene britische Kriegsschiff „Roquette“ überbringt die folgenden Nachrichten: In Kamerun habe am 29. Januar der deutsche Major „Nachtigal“ Truppen nach Batanga eingeschifft; es sollten im Ganzen 400 Mann dorthin beordert werden. Ihr Bestimmungsort sei Kriby, wo lebige heftige Kämpfe zwischen den deutschen Truppen und den Sirgeborenen stattgefunden hätten. Das Bureau Neuter hat bereits früher mitgeteilt, daß bei diesen Kämpfen wir deutsche Offiziere verwundet und sieben Eingeborene auf deutscher Seite getödtet worden seien. Mit der neuesten Kamerunpost sind auch Nachrichten eingetroffen über die Ursache der letzten Kämpfe am Zaunde. Danach brachten sie aus, weil ein Volkstamm der Wogbe zwei Dahomey-Arbeiter der Station gefangen genommen, geschlachtet und unter religiösen Ceremonien aufgefressen hatte. Tiefere liegende Gründe für die Unzufriedenheit der Stämme scheinen darin zu liegen, daß die Bundesdirect ihre Waaren nach der Küste brachten, und zwar unter militärischem Schutz der Karawanen, so daß den dazwischenliegenden Wogbestämmen der Zwischenhandel und die Durchzugsgebühren entzogen wurden. Hauptmann von Kampff und 160 Mann der Schutztruppe sind über Kriby zu Bolodorf zur „Behrnfung der Schuldigen“ aufgebracht.

Neue Umtriebe in Südafrika. Herr Cecil Rhodes, Hauptführer und Reichsbekannter der Grobcapitalistengruppe, welche den Transvaalpaß in Scene setzte, ist auf dem Rückweg nach dem Capland. Daß er seine Pläne — ein südafrikanischer Staatenbund unter dem Regime des Grobcapitals — nicht aufgeben, darüber kann kaum noch Zweifel herrschen. Der „Köln. Zig.“ wird aus Kapstadt gemeldet, daß die Mozambique-Gesell-

schaft die portugiesische Regierung benachrichtigt hat, daß 100 Angestellte der Viro-Eisenbahn von Moschonanland bewaffnet sind. Sie fürchten einen Handreich von dem demnach in Beira einbreitenden Cecil Rhodes gegen Moschonan oder Beira und hat dringlich die Regierung ersucht, dem Bondorer Cabinet ernstlich Verwahrung dagegen einzulegen. Das letztere wird blutwenig nützen, fntemalen sich Rhodes um die Befehle und Anordnungen des englischen Cabinets selbst wenn diese ernstgemeint sein sollten, nicht im Geringsten kümmert.

Asien.

Die Erfolge Rußlands in China liegen offen zu Tage, das Protectorat über Korea wird nicht geleugnet. Jetzt soll jedoch ein directes Schutz- und Trugschutz zwischen China und Rußland abgeschlossen werden, das — wenn sich die vorliegenden Meldungen bestätigen — dem Sarenreiche auch noch eine Art Protectorat über den Vierhundertmillionenstaat des „Himmelshades“ einräumen würde. Die Tragweite dieses Ereignisses wäre nicht zu ermessen und wenn auch vielleicht in den Einzelheiten besprochen oder abgeleugnet, ist es gewiß, daß Rußlands Scharziele sich mit dem unten mitgetheilten Entwurfe decken. Was Wunder, wenn selbst Japan sich veranlaßt sähe, sich lieber diesem ostasiatischen Bode anzuschließen, als ihn ausschließlos zu bekämpfen. Von der bosnisch-serbischen Grenze über alle Gebiete der Türkei, selbst Persiens, durch ganz Mittelafrika bis an die Gade des Großen Oceans dehnt sich gegenwärtig der unbestrittene russische Einfluß aus und es hängt nur von Bätechen an der Nema ab, wie weit er ihn in den indischen Rajasthanaaten geltend machen will. Der „weiße Car“ hat die Engländer diplomatisch vollständig aus dem Felde geschlagen und auch die anderen Großmächte werden nothwendiger Weise mit dem russischen Machtzuwachs rechnen müssen. — Um so unbegreiflicher muß es erscheinen, daß Deutschlands auswärtige Politik, besonders in Asien, den russischen Plänen und Interessen offenbar Vorzug leistete, auch damit, daß es sich England mehr und mehr verfeindet.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Vollmacht“.)
51. Sitzung vom 4. März — i Uhr.

Die erste Berathung der Zuckerversteuer-Novelle wird fortgesetzt.

Abg. Goch von Dienhausen (Centrumsbsp.) ist für die Vorlage. Die jetzige Preissteigerung des Zuckers werde nicht vorübergehend sein. Die Vorlage werde keine wesentliche Preissteigerung zur Folge haben, der Consum also nicht wesentlich belastet werden. Die Petitionen gegen das Geseh hätten keinen Werth. Die Vorlage liege auch im Interesse der in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter. Er sei Landwirth, aber nicht Mitglied des Bundes der Landwirth, denn er halte die Agitation des Bundes für gefährlich und nicht im Interesse der Landwirthschaft selbst liegend. Die Antitrustuntersuchungen, die der Bund hier aufgeführt habe, bedauere er aufs Tiefste. Er habe auch nicht als Agrarier gesprochen, er bitte aber um Annahme der Vorlage. Eine Ablehnung werde die Agitation der Landwirthschaft nur noch stärken.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Ich will mich nicht so sehr mit der Person des Abg. Richter beschäftigen als mit der Opposition im Allgemeinen. Herr Richter ist nicht zu überzeugen und gibt seinen negativen Standpunkt doch nicht auf. (Heiterkeit.) Die Segner thun so, als wenn erst seit einem Jahre die Zuckerindustrie darnieder liege, während in den Jahre vorher die Zuckersabriken nicht wüsten, was sie mit den hohen Dividenden anfangen sollten. (Abgeordneter Röhde: sehr richtig.) Aber, Herr Röhde, Sie, als Vertreter des Anhalters Landes, sollte doch wissen, daß der Rückgang in der Zuckerindustrie schon seit drei Jahren da ist. Nach vertraulichen Berichten, die ich erhalten habe, sind gerade in Ihrem Wahlkreise starke Verluste zu verzeichnen. (Röhde ruf: Vorlesung.) So klug sollten Sie doch selber sein, Herr Röhde, daß ich Ihnen das, was mir unter Discretion mitgetheilt ist, hier nicht vorlesen kann. (Lachen unts.) Der Zucker ist ein billiges Volksnahrungsmittel geworden trotz der Prämien oder vielmehr in Folge der Prämien. (Lachen links. Ruf rechts: „Ruhe da drüben!“) Die Prämien sind nicht den Fabriken, sondern den Consumenten zu Gute gekommen. (Lachen links.) Ja, diese Theorie paßt nicht hinein in Ihr ABC-Buch, Herr Eugen Richter, sie stimmt aber doch. Warum fürchtet man sich in Frankreich und Oesterreich vor unseren Prämien? Weil unter dem Druck der Prämien der Weltmarktpreis zurückgehen wird. Dieser Rückgang kommt also den Consumenten zu Gute. (Richter ruf: Und die 6 Mark Steuern?) Die 6 Mark Steuern kommen auf der andern Seite. (Große Heiterkeit links.) Hüthen Sie mich doch nicht für einen so schlechten Rechenmeister, daß ich diese Steuer nicht mit in Rechnung ziehen sollte. Die Zuckerindustrie wird von der Opposition nicht so werthig behandelt, weil sie von Landwirthern geschaffen ist. Herr Richter hat einen Gegensatz zwischen Norden und Süden schaffen wollen, der eine Grundzüge dividet et impera schien ihm auch geeignet. Wir haben aber gestern von Herrn Schädler gehört, daß seine Worte im Süden nicht verstanden haben. Die cubanischen Verhältnisse werden dauernd keinen Einfluß auf den Weltmarktpreis des Zuckers ausüben. So wie sich dort der Zustand nur einigermaßen beruhigt oder aus einer Gegend fortzieht, wird in Cuba sehr viel Zucker producirt werden. Wir brauchen die Vorlage, denn wir müssen Vorkehrungen schaffen für künftige Zeiten. Ob alle Einzelheiten anzunehmen sind, wird die Commission entscheiden. Die Prämien werden wohl herabgesetzt werden müssen nach der Rede, die wir aus der Mitte des Hauses gehört haben. Wir werden uns darein, wenn auch nicht gern, fügen. Wir hoffen, die Commission wird ein brauchbares Geseh zu Stande bringen. (Wohlfall rechts und bei den Nationaliberalen.)

Abg. Dr. v. Romierowski (Pol.) erklärt, seine Partei stände der Vorlage nicht sympathisch gegenüber. Vor Allem sei gegen die Contingentierung und die Betriebssteuer, die die Fabriken des Dittens besonders hart treffe, die durchaus nicht unter besonders günstigen Bedingungen arbeiteten. Der Commissionberathung wolle seine Faction nicht widersprechen, wenn sie auch nicht erwarte, daß etwas Gutes dabei herauskomme.

Abg. Meyer, Danzig (Nassp.) tritt für die Vorlage ein. Die Wichtigkeit der Erhaltung des Exports für die Zuckerindustrie sei bereits zu verschiedenen Malen nachgewiesen worden. Richter verdient um die Landwirthschaft sehr viel (Redner) völlig unbekannt. Seine politischen Freunde verlangten eine Contingentierung von siebzehn Millionen Doppel-Centnern, statt von vierzehn Millionen Doppel-Centnern, wie der Entwurf vorsah. Die Lage der Zuckerfabriken sei durchaus nicht so günstig, wie der Abg. Richter sie dargestellt habe. Redner hat nach der letzten Rede des Abg. Richter von mehreren Freunden den Auftrag erhalten, diesem Acten von Zuckerwerken für 40 bis 60 Prozent zur Contingentierung zu stellen. — Die Contingentierung sei durchaus nothwendig, sie bewahre allein dem Geseh den bescheidenen Charakter dem Lande gegenüber. So könne man auf Grund der Vorlage hoffen, daß die Prämien im Laufe der Zeit herabgesetzt werden könnten, hoffentlich werde man sich in der Commission verständigen.

Preussischer Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein liefert einige Zahlen, um die Nothlage der Zuckerindustrie zu beweisen. In einer 1/2 Mill. Tellen binnen wenigen Jahren 1,200,000 Mark verloren gegangen. Im Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn, wo die Rübenindustrie capitalistisch sei, sei sie in Deutschland eine landwirtschaftliche Industrie. Grade dieser Charakter verhärtete Fraktionen zwischen Rübenbauern und Zuckerfabriken. Daher bittet die polnische Fraktion, die Vorlage objectiv zu prüfen und keine Interessentheilung zwischen dem Osten und Mitteldeutschland einzutreten zu lassen.

Abg. Dr. Varré (fr. Rep.): Der Herr Schatzsecretär nannte unsere Politik unfruchtbar. So fruchtbar, wie die protectionistische Politik, die wir seit fünfzehn Jahren in Deutschland haben, ist sie nicht. Aber was hat der Protectionismus hervorgebracht: allgemeine Klagen der Landwirtschaft und derjenigen Zweige der Industrie, die protectionistisch geschützt sind. In England, auf das im Laufe der Debatte so oft hingewiesen worden ist, hat man solche Klagen nicht gehört. Jeder englische Premierminister, der um Staatshilfe angegangen wird, würde erwidern: Der Staat kann euch nicht helfen, wenn ihr euch nicht selbst helfen könnt. Was die Schwierigkeiten der Nothlage der englischen Landwirtschaft sind, übertrieben, aber mit solchen Uebertreibungen wird hier immer gearbeitet, wenn es sich um die Darstellung landwirtschaftlicher Zustände handelt. Gegen die Angaben der Agrarier kann man nicht misstrauisch genug sein. Was die Zuckersteuer-Vorlage anlangt, so liegt in der Entwicklung der Zuckerpreise durchaus kein Grund zu einem so wichtigen Eingriff, wie ihn der Entwurf darstellt. Nur in einer einzigen Campagne, der von 1894/95 waren die Zuckerpreise so niedrig, daß von einem Nothstand der Zuckerindustrie gesprochen werden konnte. Wenn in der langen Reihe von Jahren nur ein Jahr mit niedrigen Preisen war, wie kann man diese aus der Ueberproduktion erklären, aber doch nur vorübergehende Erscheinung zum Anlaß zu so tiefgreifenden Maßnahmen nehmen? Die Behauptung des Staatssecretärs, die Speculation habe nur deshalb die Preise jetzt künstlich in die Höhe getrieben, um den Fall der Vorlage herbeizuführen, mußte doch erregen. Man zeige uns einen Speculanten, der solche Absichten hat. Er würde dabei nur sein Geld verlieren, könnten doch nach dem Scheitern des Gesetzes ganz neue, jetzt nicht übersehbare Conjunctionen eintreten. Redner wendet sich zu einer Polemik gegen die Ausführungen des Abg. Paasche, den er als den eigentlichen Vater des Gesetzes bezeichnet. Abg. Paasche stellt es so dar, als hätten nicht die Producenten, sondern die Conumenten den Vorrath von der Erhöhung der Exportprämien. Ja, aber nicht die inländischen, sondern die ausländischen Conumenten. (Sehr richtig, links.) Ziel Nummer als die Erhöhung der Exportprämien ist die Contingentierung, die zum früheren Ruin der Weltmarktpreise führen muß. Wird hier durch Gesetz festgesetzt, daß Deutschland nur mit einem bestimmten Quantum Zucker auf dem Weltmarkt erscheinen darf, so wird die ausländische Concurrenz, besonders die französische, sofort ihre

Production erweitern und sich in die auf dem Weltmarkt entliehene Lücke eindrängen. Die psychologische Wirkung der Vorlage ist also der Impuls, die Production zu erweitern und damit die Preise zu erniedrigen. Im Inlande aber wird durch die Consumabgabe alles gethan, um den inländischen Zuckerverbrauch einzuschränken. In welche Lage geräth dann die deutsche Zuckerindustrie? Sie muß vor dem Danaergeheiß dieser Vorlage ernstlich gewarnt werden. Ihr sicherer Ruin ist zu erwarten, und dieser Schaden der Vorlage ist noch größer, als die Belastung der Consumenten. Der Reichstag hat wirklich die Pflicht, ernsthaft zu prüfen, ob die Vorlage die Zuckerindustrie schützen will, sie nicht direct dem Untergange entgegenführt. (Beifall links.)

Abg. Zimmermann (Antil.) hat gegen die Vorlage schwere Bedenken. Wir haben uns mit der Unterstützung des Antrags Paasche nicht für diese Vorlage festgelegt. Ist denn auch der Nutzen dieser Vorlage für die Landwirtschaft so über allen Zweifel erhaben? Das Rückgrat der Landwirtschaft ist meiner Ansicht nach nicht der Rübenbau, sondern immer noch der Körnerbau. Schuld an der Noth der Landwirtschaft sind die Handelsverträge, bei denen nur die Socialdemokratie Seide gesponnen hat. Ich kann nicht einsehen, daß die Contingentierung das notwendige Correlat für die Prämienerhöhung sein soll. Lieber noch eine Contingentierung der Rübenfelder, wenn man der Landwirtschaft helfen will. Dem Abg. Vock erwidere ich, wir geben die Nothstände den Arbeitern der Rübencolonien zu, aber wo ist der Weg, diese Uebelstände zu beseitigen? Herr Vock hat diesen Weg nicht gezeigt. Ist es etwa der Zukunftsplan? Bei der Betriebssteuer ist uns die Staffelung das Sympathischste. Eine Strafe für die Intelligenz kann ich darin nicht erblicken. Ich verhehle mir nicht, daß einzelne Industrien wie die Chocoladenindustrie schwer geschädigt werden. Wir sind für Commissionsberatung. So wie die Vorlage jetzt aussteht, ist sie für mich und einen Theil meiner Freunde unannehmbar.

Abg. von Staudt (cons.) ist für Schutz der nationalen Arbeit, aber mit einem Theil seiner politischen Freunde gegen die Vorlage. Er nimmt den Stand der Landwirthe gegen die Angriffe des Abg. Vock von Densbun in Schutz und erklärt Namens der Gesamtheit der Fraktion, daß sie die Ansicht des Landwirtschaftsministers, daß der Rübenbau das Rückgrat der Landwirtschaft sei, nicht theilt, sondern den Getreidebau für das Rückgrat halte. So wie die Vorlage jetzt ist, wird sie im ganzen Hause nicht eine Stimme erkalten. Sie wird erheblich gewandelt werden müssen. Specially meine Freunde fordern eine Reihe wesentlicher Aenderungen. Wir sind gegen die Contingentierung. Dem Strafen Bischoff möchte ich die Frage vorlegen, ob ihm nicht der Gedanke gekommen ist, daß wenn wir die Production einschränken, damit den andern Ländern die Möglichkeit geben, ihre Production wesentlich zu erhöhen? Die Preissteigerung hat ihren Hauptgrund in der Minderernte an Rüben im Vorjahre. Sie beträgt auf der ganzen Erde 20 Millionen Centner in Deutschland 4 Millionen Centner. Ein

Sinken der Preise ist nicht zu befürchten. Die Cubanischen Verhältnisse will ich gar nicht berühren, wir können sie nicht übersehen. Aber es ist klar, daß die cubanische Production zurückgehen muß. Es fällt mir nicht ein, Preise für fernere Zukunft für unabhöglig zu halten und würde den Kampf mit Prämien gegen das Ausland auch aufnehmen, aber ich kann diesen Kampf nicht um den Preis der Contingentierung aufnehmen. Graf Bismarck sagte, er will das Gesetz nur für kurze Zeit haben. Das will ich aber gerade am wenigsten. Die Zuckerrübenindustrie muß endlich wissen, woran sie ist und braucht Ruhe. Da die mittleren und kleinen Fabriken durch die Vorlage begünstigt werden, so werden die großen Fabriken des Ostens gegen den Westen benachtheiligt sein. Eine Betriebssteuer können die Fabriken des Ostens nicht tragen. Die Folge des Gesetzes wäre ein Rückgang des Rübenbaues im Osten, so wie die Folge der neuen Branntweinsteuer ein Rückgang des Kartoffelbaues im Osten war. Im Osten wird die Zuckerrübenindustrie keineswegs capitalistisch betrieben. Wer hat unsere großen Fabriken denn geschaffen? Unsere Armut! Wir haben uns zusammengethan, Großgrundbesitzer, Gutsbesitzer, Ackerbürger und Bauern, und das Actiencapital zusammengebracht, und zwar nur durch Ausgabe von Aktien. Die Actiönäre liefern selbst ihre Rüben in die Fabrik. Das ist doch ein landwirtschaftlicher und kein industrieller Betrieb. Unter der Contingentierung würden unsere Fabriken im Osten bis zu 24 Procent weniger Rüben verbrauchen. Die ungünstige Rückwirkung auf den Rübenbau liegt auf der Hand. Mein Gewissen gestattet mir daher nicht, diesen Maßnahmen auszustimmen. Ich finde aber den Entwurf auch ein bischen sehr fiscalisch. Er wird sicher Mehreinnahmen für die Reichskasse ergeben. Und doch sagte der Schatzsecretär, solche seien nicht beabsichtigt. Mit der Verweisung der Vorlage an eine Commission kann ich mich einverstanden erklären.

Ein Vertagungsantrag des Abgeordneten Richter wird abgelehnt.

Preussischer Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein: Ich habe gestern den Rübenbau als das Rückgrat der Landwirtschaft bezeichnet, aber nicht allgemein gesprochen, sondern es hat dem Sinne gemeint, daß der Rübenbau den Antrieb zu technischen Fortschritten in der gesammten Landwirtschaft giebt.

Abg. Richter beantragt nunmehr wiederum die Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der der Geschäftsordnung gemäß darauf vorgeschlossene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 165 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 5. März, 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Grosse Volks-Versammlung.

Sonntag, den 8. März, Vormittag 11 Uhr, im grossen Saale des „Tivoli“, Neudorfstrasse.
Tagesordnung: 1. Reactionäre Umsturzbestrebungen. Referent: Redakteur Julius Brabas. 2. Discussion.
In dieser Versammlung ladet alle Arbeiter dringend ein

Entrée 10 Pfennige

Frauen haben Zutritt.

Der Einberufer.

Stadt-Theater.
Donnerstag:
Die Hochzeit des Figaro.
Freitag:
„Crisan und Isolda.“
Lobe-Theater.
Donnerstag:
„König Heinrich“.
Freitag:
„König Heinrich“.

Victoria-Theater.
Donnerstag: Götter.
Budapester Posen-Theater.
König des Concerts 7 Uhr
der Vorstellung 7 1/2.
„Harmonie“.
Nicolaitraße 27.
Tägliche
Schauspieler-Vorstellung.
Jeden 8 Uhr.

Cigaretten u. Cigaretten
sowie hässliche
Schreibmaterialien
empfehlen
Traugott Friedrich,
früher E. Simon,
Friedrich-Wilhelmstr. 49.

Schauspieler- und Arbeiter-Kalender
für das Jahr 1896.
Preis 60 Pfg.
Es liegt zu dem die Grösch 1. St. Kaiser-Wilhelmstr. Nr. 10.

Socialdem. Verein für Breslau und Umgegend.
Sonntag, den 14. März 1896.
im grossen Saale des „Tivoli“ Neudorfstr. Nr. 35:
VI. Stiftungsfest
bestehend in Vocal- und Instrumental-Concert,
Theater, humoristischen Vorträgen und
TANZ.
Anfang 7 Uhr.
Programme à 30 Pfg.
Programme sind zu haben bei Bergmann, Neudorfstr. 111.
Falk, Neudorfstr. 111, Krasse, Neudorfstr. 111.
Kühn, Neudorfstr. 111, Liebermann, Neudorfstr. 111.
III. Müller, Neudorfstr. 111, und in der Grösch des „Tivoli“.
Der Vorstand.

Coffee
täglich frisch nach unseren neuen
maßhaft genialeu Verfahren D.R.P.
Nr. 73044 und 73212 geröstet mit
feinstem Aroma und ungewöhnlich
wohlgeschmackt!
familie-Café sehr schön 1.60
für 1 Liter : : : : 1.70
Kistchen : : : : 1.80
Jeden Donnerstag:
Proben-Caffee
geschonnt per Pfund Mk 1.40
Es liegt im Interesse jedes wahren
Schmecker's führen wir der Vollständigkeit
unserer Kaffees durch einen
Versuch zu überzeugen!

Thee
von directem Import.
Als besonders prägnant u. her-
vorragend sein empfehlen wir:
I. Senegal u. Ind. No. 2. - bis 2.40
II. „ „ „ „ „ 2. - bis 2.40
Jeden Freitag

Reste-Thee
(Nicht nicht Staubthee.)
per Pfund Mk. 2.40.
Verpackt nach Anweisung bei 3 Pfund
franco.

Teichmann & Co.
Kaufmann u. Einzel-Handlung
Schmiedstr. Nr. 9
Eingang: Kaiserstr. (Anfang des
früher Kaiser-Wilhelmstr. Nr. 10.)

Riesen-Ausverkauf

fertiger
Herren- und Knaben-Garderobe
wegen Neubau unseres Geschäftshauses

Pariser & Strassner
Ring 37

in auffallend billigen und streng festen Preisen.

Confirmanden-Anzüge. Schul-Anzüge.

Herrn-Anzüge, Paletots
in der neuesten Schnitt und Schale.

Mäntel, Havelocks.

Knaben-Anzüge. Knaben-Paletots.

Einzelne Bekleider.

Haus- u. Bureau-Jaquettes.

Für die Haltbarkeit leisten wir nach wie vor
volle Garantie.

Wie klage ich ein Rathgeber vor dem Arbeiter dem Gewerbe-Gericht?
Sonnabend, den 7. März 1896.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Todes-Anzeige.
Am 3. d. M. verschied nach 21 wöchigem Krankenlager
unser treuer Freund und Kollege, der Zimmerer
Karl Arndt 712
im schönsten Mannesalter von 45 Jahren. Wir verlieren in
dem Dahingeschiedenen einen aufrichtigen Freund und werden
sein A. denken in Ehren halten.
Beerdigung: Freitag Nachm. 2 1/2 Uhr nach St. Salvator.
Trauerhaus: Lohestr. 63a.
Lokalverband der Zimmerer Breslau's.

Am 3. d. M. verschied nach langem schweren Leiden
unser Mitglied
Karl Arndt. 713
Wir verlieren in dem Verstorbenen ein treues Mitglied
und eifriges Förderer unseres Vereins.
Männer-Gesang-Verein Breslauer Zimmerer
genannt „Liedertafel“.

Einladung
zum
Stiftungs-Feste
des
Central-Vereins der deutschen Pöttcher
auf Sonnabend, den 7. März 1896
in Hirschke's Etablissement „zum Falk“, Schiefwerderplatz 12.
Entrée Herr in-1. Dame 75 Pf., einzelne Dame 30 Pf.
Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.
Anfang 7 Uhr. Das Comité.

Etablissement „Concordia“.
Sonntag, den 7. März 1896:
Grosse humorist. Soirée u. Tanz,
716 veranstaltet vom
Verband Breslauer Gold- u. Silberarbeiter
und verwandten Berufsgenossen.
Programme im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.
Anfang 8 Uhr. Das Comité.

Thalia-Theater.
Freitag, den 6. März 1896:
Volks-Vorstellung
Zerstörtes Glück.
Preise der Plätze: Erste Rang, Loge und Parterre:
75 Pf., zweite Rang 60 Pf., Mittel-Balcon 50 Pf., Seitenbalcon,
Sperren 50 Pf., weitere Rang 40 Pf., Gallerie 20 Pf.
Billets 30 Pf. werden in Holder's Buchhandlung, Neudorfstr.
111, Grösch, Neudorfstr. 111, und in der Grösch des „Tivoli“ zu haben bei
K. Bergmann, Neudorfstr. 111, Krasse, Neudorfstr. 111,
Kühn, Neudorfstr. 111, Liebermann, Neudorfstr. 111,
III. Müller, Neudorfstr. 111, und in der Grösch des „Tivoli“.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Militarismus vor dem Schwurgericht.

So viel sensationelles Material die Strafsgerichtsverhandlungen der bayerischen Hauptstadt in der letzten Zeit auch für den „neuen Pitaval“ aufgeschichtet haben, vom Proceß des „Schnitzers“...

Am Folgenden handelte es sich: In Nr. 131 unserer dortigen Parteivorans vom 9. und 10. Juni vorigen Jahres war ein Artikel unter der Ueberschrift: „Soldatenmenage“ enthalten.

Dreizehn Zeugen waren zur Verhandlung geladen. Dreizehn davon, zum Theil Offiziere, waren von der Staatsanwaltschaft citirt, die übrigen fungirten als Entlastungszeugen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises.

Den Vorsitz führte Oberlandesgerichtsrath Lee b. Er zeigt eine große Aequanimität, verkehrt mit den Zeugen in gemüthlichem bayerischen Dialect und läßt der Verteidigung genügenden Raum zum Kreuzverhör der Zeugen.

In seinem Verhör erklärt Genosse Schmid: Ich habe den Artikel, der mir von einem ehemaligen Offizier der bayerischen Armee unter der ausdrücklichen Versicherung, daß Alles, was in demselben gesagt ist, wahr und erweisbar ist, übergeben wurde...

Der Vorsitzende fragt im weiteren Verlaufe des Verhörs: Wollen Sie behaupten, daß Sie eigene Interessen wahrgenommen haben? — Genosse Schmid: Selbstverständlich nehme ich den Schutz des 131 in Anspruch.

Vorsitzender: Die Verhandlung wird ergehen, daß eine Unregelmäßigkeit vorkam. Wenn aber ein einzelner geübelt hat, dann darf man den Vorwurf nicht allgemein erheben. — Genosse Schmid: Es handelt sich hier um das System, nicht um die eine oder andere Person.

Lieutenant a. D. Hofmeister wird als Verfasser des Artikels in Veredigt vernommen. Er erklärt, daß die darin enthaltenen Beobachtungen nach den bei seinem Regiment gemachten Erfahrungen wichtig seien.

- 1. Die Menage ist unzureichend; aus der unzureichenden Menage werden noch Ersparnisse gemacht; der Soldat, welcher mittellos ist und nichts zuzusetzen hat, ist im höchsten Grade zu bedauern...
2. Das Trinkgeld-unwesen besteht; das Küchenpersonal erhält regelmäßige Trinkgelder, Unteroffiziere erhalten „Gechenke“ bis zu 30 Mark von Fleischlieferanten...
3. Die Militärfache ist vielfach unreinlich, die Speisen sind oft ungenießbar...
4. Die Revision seitens der hierzu bestimmten Vorgesetzten ist eine unzureichende...
5. Beschwerden sind vielfach erfolglos...
6. Im Gegentheil zu den feinerzeitigen Gutachten der Militärärzte und im Einklang mit den Gutachten der Civilärzte...

vollem Umfange aufrecht. Die Beweisaufnahme erschien ihm einseitig. Erstaunlich beklagte er sich über — „Loyalität“ der Verteidigung, welche Entlastungszeugen herbeigeführt habe...

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gaa b, zerzaust die Rede des Anklägers in ein Nichts. Das eindruckende Beweismaterial, die Befundungen berechtigter Zeugen führt er gedrängt noch einmal vor und knüpft eine vernichtende Kritik der erhobenen Zustände daran.

Nach einer Belehrung durch den Vorsitzenden, über die wir aus guten Gründen uns nicht weiter äußern wollen, zogen sich die Geschworenen zurück. Eine halbe Stunde nach Mitternacht verließ der Obmann das „Nichtschuldig“.

Genosse Schmid mußte in Folge dessen freigesprochen werden; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die notwendigen Schlußfolgerungen werden dem Kriegsminister im demnächst im Landtage gelegentlich der Berathung des zweiten Theils des Militär-Etats präsentiert werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsproceße.

Dem wegen Kaiserbeleidigung zu 1 Jahr Gefängniß in Weiskensfels verurtheilten Kleiderhändler Franz Zessche ist es gelungen, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erzielen. Er ist, nachdem er schon mehrere Monate der Strafe verbüßt hat, auf freien Fuß gesetzt worden.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor der Siebener Strafkammer der Arbeiter Leonhard Heinlein zu verantworten. Der schon mehrfach Vorbestrafte soll die Beleidigung am Geburtstage des Großherzogs im Provinzialarresthaus begangen haben.

Die Denunciationsfucht auf dem Gebiete wirklicher oder vermeintlicher Majestätsbeleidigungen wurde wiederum durch eine Verhandlung illustriert, welche vor dem weiten Strafkammer am Landgericht II. zu Berlin stattfand. Der Arbeiter Karl Kulicke in Klosterfelde hatte eines Tages mit dem Arbeiter Berndt über den Kaiser und den französischen Krieg geplaudert.

Arbeiterbewegung.

Zum Streit der Textilarbeiter in Cottbus wird berichtet: Der Ausstand der hiesigen Textilarbeiter dauert unverändert fort. Die Haltung der Streikenden ist gut und berechtigt zu den besten Hoffnungen, wenn die Unterstützung nur so einläuft, daß das Nothwendigste befriedigt werden kann.

Die in Frankfurt a. O. erscheinende „Märkische Volksstimme“ schreibt: Auf eine Einladung der Streit-Commission an den Oberbürgermeister Werner und Bürgermeister Dreifert, an der Konferenz der Textilarbeiter am Sonntag, den 1. d. März, theilzunehmen, wurden der Commission folgende Antworten zu theil: „Cottbus, den 1. März 1896. Euer Wohlgebornen erlaube ich ergebenst, der Streitcommission mitzutheilen, daß ich es voreinst ablehnen muß, den Beratungen der in den Ausstand eingetretenen Arbeiterchaft beizuwohnen, nachdem ich mich zu meinen tiefen Bedauern habe überzeugen müssen, daß meine vorjährigen Bemühungen zur Herbeiführung eines aufrichtigen und dauernden Friedens ohne den gewünschten Erfolg geblieben sind.“

„Cottbus, den 1. März 1896. Auf die gest. Einladung vom 29. erwidere ich der Arbeitscommission ergebenst, daß ich durch grundsätzliche Bedenken verhindert werde, der heute Nachmittag stattfindenden Arbeiter-Conferenz der Textilarbeiter beizuwohnen. Sowohl nach dem Commissionsbeschlusse der Fabrikantenverammlung vom 23. Februar, als auch nach dem Beschlusse der öffentlichen Versammlung vom 25. Februar habe ich mich überzeugen müssen, daß zur Zeit noch gar keine Aussicht besteht, daß eine Verständigung der streikenden Theile auf beiderseitige Anrufung des Gewerkegerichts als Einigungsamt herbeizuführen. So lange dies der Fall ist, darf ich es nicht als angezeigt erachten, an den Beratungen der einen oder anderen Partei theil zu nehmen.“

Der Berliner „Volkswacht“ wird von einem Cottbuser Correspondenten geschrieben: „In Sachen des hiesigen Textilarbeiter-Ausstandes war am Sonnabend der Regierungspräsident von Puttkamer aus Frankfurt a. O. hier anwesend und hatte mit dem Oberbürgermeister Werner eine längere Besprechung, in der man sich dahin geeinigt haben dürfte, die beiden streikenden Parteien bis auf Weiteres sich selbst zu überlassen.“

Nach Allem bleibt dem Proletariat der Cottbuser Textil-Industrie keine andere Aussicht, als sich auf sich selbst und auf die Hilfe der übrigen Arbeiterchaft zu verlassen. Zur Unterstützung der Ausständigen läßt heute auch die Berliner Gewerkschaftscommission 1000 Mark abgehen. Möge dies Beispiel die Arbeitervertretungen aller Orte Deutschlands zu schneller Nachhelfung anspornen.

Die Forderung der Monarch-Parabirgehilfen auf Geschäftsabschluss an Wochentagen (außer Sonnabends) um 9 Uhr und des Sonntags um 2 Uhr Nachmittags wurde in 117 Geschäften bewilligt; 23 Arbeitgeber lehnten sie ab. Aus Röhricht-Ostreu empfangen wir folgende Zuschrift über den Bergarbeiter-Ausstand im Bezirk Ostrau-Karmin: „Es freiten hier über 20,000 Bergarbeiter,

der ganze Ostrau-Karminer Kessel feiert. Die Unternehmer verüben den größten Druck, um die Arbeiter zurückzubekommen. Militär ist angekommen und noch mehr wird erwartet. Es wird hier davon gesprochen, daß die Unternehmer sich nach Preussisch-Schlesien gewendet haben, um 10,000 Waggons Kohlen von dort zu bekommen.“

An der Eile, womit voraussichtlich dem Wunsche der österreichischen Kohlengrubenbesitzer von den preussischen Kohlengrubenmagnaten entsprochen werden wird, wird man ermessen können, wie innig die internationalen Beziehungen des Capitalismus sind, wenn es gilt, gegen die Arbeiter Front zu machen.

Die Berechtigung des Auslands hat selbst vom österreichischen Abgeordnetenhaus, das lediglich von den privilegierten Klassen gewählt wird, anerkannt werden müssen. Es verhandelte am Montag über den Antrag Bernerstorffs: „Der Ackerbauminister wird aufgefordert ein Gesetz zu veranlassen, demzufolge der Ackerbauminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern ermächtigt wird, nach Maßgabe der besonderen örtlichen und gewerblichen Verhältnisse des Bergbaues Maximal-Termine für die Lohnzahlungen auf dem Verordnungswege festzusetzen.“

Sociale Arbeiter.

Ueber eine principiel sehr wichtige Entscheidung auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens wird der „Volkswacht“ wie folgt berichtet:

Nach dem Krankenversicherungsgesetz sind die Gemeinden ermächtigt, zu beschließen, daß Versicherten, welche sich eine Krankheit vorzüglich oder durch schuldhaftes Betheiligungen bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, für diese Krankheit das Krankengeld nicht zu gewähren ist. Auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift hatte nun eine Krankenkasse statutarisch bestimmt, daß kein Krankengeld beim Vorliegen solcher Krankheiten geleistet werde, welche sich die erkrankte Person durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Socales.

Breslau, den 5. März 1896.

Achtung Genossen!

Sonntag, den 8. März, Vormittags 11 Uhr, findet im „Liboli“, Reudorffstraße, eine große Volksversammlung statt, in welcher an Stelle des leider verhinderten Reichstagsabgeordneter Bueb-Mühlhausen Redacteur Julius Bruhs einen Vortrag über „Reactionäre Umsturzbestrebungen“ halten wird. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen Aller zur unabwiesbaren Pflicht.

* Will die Socialdemokratie den Mittelstand vernichten? „Der Mittelstand will die Socialdemokratie vernichten. Das kann ich ja kaum glauben, da ich doch von der Partei eine viel zu gute Uebersetzung habe, als daß ich annehmen könnte, daß sie solch schlechtes Ziel zu verfolgen fähig wäre. Sie will doch allen Armen helfen und wir Mittelstandsleute sind doch gewiß auch alle Tage mehr zu den Armen zu rechnen.“ In dieser Weise werden Fragen an uns gestellt. Einer christlichen Frage gebührt am allerbesten eine ehrliche Antwort.

Was ist der Mittelstand? Sind es die Leute, denen es noch eine Kleinigkeit besser geht als den eigentlichen Lohnarbeitern? Diese Bestimmung aber wäre zu allgemein und zu unbestimmt. Das charakteristische Merkmal des Mittelstandes ist der „selbstständige Kleindetrieb“. Darum gehören die Beamten, auch die besser bezahlten, nicht zum Mittelstande. Sie sind mehr oder weniger gut bezahlte Staatsarbeiter. Den Mittelstand als den Stand der Kleindetriebsinhaber aller Art auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens wollen nicht wir Socialdemokraten vernichten, sondern wir vernichten die wirtschaftliche Entwicklung selbst auf Grund der Thatsache, daß an der Hand der technischen Fortschritte unserer Zeit aller Kleindetrieb unwirtschaftlich, kostspielig und darum concurrenzunfähig wird.

Das kann keine Macht auf der Erde ändern. Rein vernünftiger Mensch wird einem Kleindetriebsinhaber aus reinem Spas eine Waare theurer abkaufen, welche ihm der Großproducent für sehr viel niedrigeren Preis zu verkaufen in der Lage ist. Die Socialdemokratie ist die einzige Partei, welche ehrlich den Kleindetriebsinhabern sagt, daß sie als solche keine Zukunft haben. Sie findet darin aber auch für diese selbst noch kein Unglück, wenn sie nur ihre Situation klar begreifen. Die Socialdemokratie ringt mit aller Macht darnach, allen abhängigen Lohnarbeitern, zu denen alle diejenigen gehören, welche gegen Lohn, Gehalt, Honorar, und wie man es auch recht nur heißen mag, ihre Arbeitskraft hingeben, eine ihrer Arbeitskraft auch würdige Erziehung zu

geben. Hören die Kleinbetriebsinhaber auf, Inhaber kleiner Betriebe zu sein, so werden sie Arbeiter, Angestellte, Beamte u. dergl.

Erreicht die Socialdemokratie was sie will, und wäre es auch nur erst zum geringen Theile, so haben alle Arbeiter, Angestellten, Beamten u. s. w. ein weit besseres Dasein als die heutigen Kleinbetriebsinhaber, Handwerksmeister, Bauern, selbständige Geschäftsleute u. s. w. Darum verdient die Socialdemokratie den Dank aller Mittelstande Leute, weil sie dafür sorgt, daß sie beim unaufhaltsamen Sturz aus ihrer Selbstständigkeit eine geordnete Grundlage einer neuen Existenz als Arbeiter u. s. w. finden.

Heute ist das noch nicht der Fall, weil die nichtsocialdemokratischen Parteien einerseits wohl schöne Redensarten machen, aber nichts für diese Rettung thun, weil sie eben nichts thun können, und andererseits die Bestrebungen der Arbeiter nach Begründung einer gesicherten Arbeiterexistenz hintenanhaltend, weil sie heute noch die Macht haben. Steht sich das untergehende Kleinbürgertum entschlossen auf die Seite der socialdemokratischen Arbeiter, dann ist diese Macht natürlich noch eher gegeben, als wenn die eigentlichen Lohnarbeiter allein den Kampf führen müssen.

Eine Rettung für den Mittelstand als Kleinbetriebsinhaber ist nicht möglich. Wohl aber ist für die Menschen, die heute Kleinbetriebsinhaber sind, eine Rettung in der Weise möglich, daß sie oder doch ihre Kinder in Existenz gebracht werden, wie sie die wirtschaftlich notwendige Entwicklung im Verein mit der bewußt wirkenden Macht der Socialdemokratie möglich und notwendig macht. Die Socialdemokratie will also den Mittelstand nur in dem Sinne vernichten, daß sie eine (wirtschaftlich-technisch) unmöglich gewordene Existenzform (die Kleinbetriebsform) nicht künstlich er Weise gegen den Willen der gegebenen ökonomischen Entwicklung aufrecht zu erhalten sucht. Das hat gar keinen Zweck. Das verlängert nur die Leiden der Untergang der Mittelstände. Der Zusammenbruch bleibt doch nicht aus. Er wird höchstens etwas später kommen, dann aber auch um so schlimmer.

Die Socialdemokratie aber will allen Gliedern der Gesellschaft eine weit bessere und schönere Existenz geben, als sie heute dem ganzen Mittelstande leider nur beizubringen ist. Und dazu hat sie die Macht.

Welcher kleine Handwerksmeister möchte nicht lieber Arbeiter sein, wenn ihm für sein Leben Arbeit und Brot, erstere unter der Beschränkung eines gesicherten Arbeitstages, letzteres in solch reichlichem Maße garantiert würde, daß er in Wahrheit von menschwürdiger Existenz sprechen könnte. Der Mittelstand aber, welcher die Socialdemokratie begrüßt hat, wird ihr begehrter Anhänger.

* Der arbeitsteilige Stadtrath Bogi hat wegen Kränklichkeit sein Amt als arbeitsteiliger Stadtrath niedergelegt. In dessen Stelle wird in nächster Zeit eine Neuwahl erfolgen.

* Intime Freunde des Schulraths a. D. Weissenberg aus dem Grundbesitzerverein hatten, wie die „Pres. Stg.“ berichtet, am Dienstag eine Versammlung veranstaltet, die den Zweck verfolgte, Herrn Weissenberg von den Anschuldigungen reinzuwaschen, die dazu geführt hatten, daß derselbe sein Amt als Vorsitzender des Breslauer Grundbesitzer-Vereins niederlegte. Von Interesse waren die Auseinandersetzungen zwischen dem früheren Stadtrath Weissenberg und Herrn Weissenberg über die secundären Vorbehalte, welche Herr Weissenberg durch seine Abhängigkeit als Vorstandsmitglied des Grundbesitzervereins gehabt habe und die ihm nun entzogen seien. Schließlich einigten sich die versammelten Freunde des Herrn Weissenberg dahin, daß sie ihm ihr volles Vertrauen votirten. Sie sind einander werth.

* Die Landwirtschaftskammer für Schlesien hat gestern ihre constituirende Sitzung abgehalten und nach einer Ansprache des Vorsitzenden Herrn von Hagens der früheren Cultusminister, Graf Jacobus Trautzschler, zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

* Die Eisenbahnen auf dem Stadigraben sowie auf den Seiten des Südparks und des westlichen Parks haben in Folge Entzugs sämtlicher Bauarbeiter geschlossen werden müssen.

* Der 18. März wird der 20. Jahrestag des Kaiserthums sein, der sich feiert am 20. v. M. mit einer Colossalfeier. Die 20. Jahrestagfeier wird am 20. v. M. um 11 Uhr in der Hofkapelle durch den Kaiser eröffnet werden. Die Feier wird durch eine große Anzahl von Festlichkeiten und einem prächtigen Festmahl beschlossen.

* Unglückfälle. In der Nacht vom 3. auf den 4. März ereignete sich in der Gasse zwischen der Straße nach dem Südpark und der Straße nach dem Westpark ein Unglück. Ein Fuhrmann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht. Ein anderer Fuhrmann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht.

* Ein Mann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht.

Alberne Remontoiruhr, Nr. 50 770, 5 Fortemonnaies mit 2,15, 2,80, 5, 7 und 25 Mk. Inhalt. — Gefunden wurden: ein Armband und ein schwarzer Kragen.

Vereine und Versammlungen.

Ortskrankenkasse der Steinmeger. Die Ortskrankenkasse für das Steinmegergewerbe hielt am Dienstag, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Restaurationslocale zum „Mercur“, Schußbrücke 42, eine ordentliche Generalversammlung ab. Eröffnet wurde dieselbe von dem Vorsitzenden der Kasse, Collegen Hubert. Auf der Tagesordnung stand: Kassenericht. Neuwahl des Vorstandes. Regelung der Krankencontrole. Nachdem vom Redanten erstatteten Kassenericht hatte die Ortskrankenkasse der Steinmeger im Jahre 1895 eine Gesamteinnahme von 3734,13 Mark, der eine Gesamtausgabe von 3285,38 Mark gegenübersteht. Der Ueberschuß beläuft sich mithin auf 448,75 Mark, hierzu ein kleiner Restbestand im Sparfassenbuch von 1,60 Mark, so daß die Kasse gegenwärtig ein Vermögen von 449,85 Mark besitzt. Zu Ende des Jahres 1894 betrug der Bestand nur 108,78 Mark. Es sind im verfloßenen Geschäftsjahre unter den Mitgliedern 83 Erkrankungsfälle vorgekommen und wurden für 1234 Krankentage 1280,20 Mark Unterstützung gezahlt. Für ärztliches Honorar wurden 216,95 Mark verausgabt, für Arzneien und sonstige Heilmittel 471,13 Mark. An Angehörige von Mitgliedern wurden 11,25 Mk. gezahlt. Für Cur- und Verpflegungskosten sind 332,77 Mk. in Rechnung gestellt. Sterbefälle kamen 11 vor und wurden die Hinterbliebenen der Verstorbenen mit 640 Mk. unterstützt. Die Verwaltungskosten betrugen: persönliche 271,62, sachliche 32,70 Mk. Die Kasse zählt am Schlusse des Jahres 1895 95 Mitglieder. Der Redant constatierte am Schlusse seines Berichtes, daß sämmtliche Schulden an Arzt, Apotheker u. dergl. seien. Nach Dechargeirung des Kassirers erfolgte die Wahl eines neuen Vorstandes, aus welcher die Collegen Hubert, Schneider, Demou und Müde hervorgingen. Die Gewählten erklärten sich zur Annahme der Wahl bereit. In Betreff der Regelung der Krankencontrole soll, um der Kasse möglichst Kosten zu ersparen, die Krankencontrole durch die Mitglieder kostenlos vorgenommen werden, wozu ein Statutenantrag zu erfolgen hat. Doch soll erst die Antwort der Regierung betreffend die Aufhebung der Kasse abgewartet werden. Die Gewählten mittheilte, haben im Jahre 1895 zwei General-Versammlungen stattgefunden, und in beiden ist die Auflösung der Kasse beschlossen worden. Was dies ist aber von der Regierung ein Bescheid nicht eingegangen. Eine Revision der Kasse durch die Aufsichtsbehörde hat stattgefunden und ist alles in Ordnung vorgegangen.

Schlesien.

Zur Grubenkatastrophe in Oberschlesien

und gemeldet: Bis Montag 1 Uhr wurden 24 Tode, darunter zwei Kinder, beanstandet. Vermuthlich sind dreißig Mann noch in der Grube. Nach Lage der Sache ist kaum noch anzunehmen, daß letztere noch lebend gebrannt werden können. Die Entweichungsursache des Gases ist folgende: Den zur Nachschau gelangt ein fahrendes Seilwagen aus dem Schacht 20, auf dem Wetterzweig 140 Mann waren, sah das Gas, um die elfte Stunde ein brandiger Rauch auszuweichen. Der Grubenbesitzer war die Holzschürung in Brand gerathen, vermittelst durch Dammschichten der den beherrschenden Wetterzweigmaschine. Durch den heftigen Quatsch wurde der Weg zur Wetterzweigmaschine hin abgebrochen: die in dem Schachte Eingekerkerten retteten sich glücklich. Von dem Schacht 20 gelangten etwa 20 Mann in die Höhe der Ausfahrt arbeitende Leute an die Oberfläche. Die übrigen Arbeiter sind noch dem Dolchhange. Nach dem von dem Grubenbesitzer heute am 2. März veröffentlichten Bericht sind am 2. März 24 Tode, darunter zwei Kinder, beanstandet. Vermuthlich sind dreißig Mann noch in der Grube. Nach Lage der Sache ist kaum noch anzunehmen, daß letztere noch lebend gebrannt werden können. Die Entweichungsursache des Gases ist folgende: Den zur Nachschau gelangt ein fahrendes Seilwagen aus dem Schacht 20, auf dem Wetterzweig 140 Mann waren, sah das Gas, um die elfte Stunde ein brandiger Rauch auszuweichen. Der Grubenbesitzer war die Holzschürung in Brand gerathen, vermittelst durch Dammschichten der den beherrschenden Wetterzweigmaschine. Durch den heftigen Quatsch wurde der Weg zur Wetterzweigmaschine hin abgebrochen: die in dem Schachte Eingekerkerten retteten sich glücklich. Von dem Schacht 20 gelangten etwa 20 Mann in die Höhe der Ausfahrt arbeitende Leute an die Oberfläche. Die übrigen Arbeiter sind noch dem Dolchhange.

Das Unglück in der Cleophasgrube

stellt sich noch viel furchbarer dar, als wie die bisherigen Nachrichten vermuthen ließen. Bis jetzt sind nämlich schon 24 Tode zu Tage gefördert und immer werden noch mehrere der Eingekerkerten vermißt. — Der Betrieb in der Grube ist auf lange Zeit unmöglich.

Verbrecherische Ueberfälle mit Berlin

Der Verbrecher hat sich in der letzten Zeit in Berlin sehr häufig gezeigt. In der Nacht vom 3. auf den 4. März ereignete sich in der Gasse zwischen der Straße nach dem Südpark und der Straße nach dem Westpark ein Unglück. Ein Fuhrmann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht.

Verbrecherische Ueberfälle mit Berlin

Der Verbrecher hat sich in der letzten Zeit in Berlin sehr häufig gezeigt. In der Nacht vom 3. auf den 4. März ereignete sich in der Gasse zwischen der Straße nach dem Südpark und der Straße nach dem Westpark ein Unglück. Ein Fuhrmann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht.

Verbrecherische Ueberfälle mit Berlin

Der Verbrecher hat sich in der letzten Zeit in Berlin sehr häufig gezeigt. In der Nacht vom 3. auf den 4. März ereignete sich in der Gasse zwischen der Straße nach dem Südpark und der Straße nach dem Westpark ein Unglück. Ein Fuhrmann wurde durch einen Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht.

und daß es ferner unbillig wäre, dieselben für die nur nur ein geringes vermehrte Benutzung der Actiencausse Strehlen-Parkstraße, nämlich um die kleine Strecke von der Einmündung des Bahnhofs bis zu der des Gollendorfer Weges, bei der Fahrt über Bahnhof nach Stadt Parkstraße mit einhalbsolligen Zoll heranzuziehen. Hiernach wird anheimgelassen, zur Abänderung des jetzt bestehenden Zustandes einen motivirten Antrag auf entsprechende Erweiterung der Zollbefreiungen bei der Poststelle Kattersdorf herbeizuführen. Das Landrathsamt beabsichtigt nunmehr, den letztgenannten Antrag für obige Ortschaften beim Regierungspräsidenten einzureichen, und ist den Interessenten bereits dies mitgetheilt worden.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 4. März. Die deutschconservative Fraction des Reichstages hat einen Beschluß gefaßt, in der Commission für das Bürgerliche Gesetzbuch für die facultative Civilehe einzutreten. Es wird zu diesem Zweck am 13. März des Entwurfs ein Änderungsantrag vorbereitet, nach welchem die Beschließung entweder von dem Landesbeamten oder durch kirchliche Trauung erfolgen soll. — Der Liebeskrieg wird umsofort sein.

— Ein großer Scandal in den Angelegenheiten der Werbe-Ausstellung, der lange Zeit in der Luft lag, ist nun, da die „Pres. Stg.“ das allgemeine Schweigen gebrochen hat, zum Ausbruch gelangt. Es handelt sich darum, daß der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Commerzienrath Kühnemann, bei Lieferungen für die Ausstellung theilhaftig ist, insofern, als zwei Firmen in Berlin und Budapest, die fast sämtliche Dach- und Eisenheile liefern und colossale Summen verdienen, mit der Firma Hofmann u. Kühnemann, deren Chef er ist, in enger Beziehung stehen. Kühnemanns Rücktritt ist bevorstehend. Die Ausstellung erleidet keinen Schaden davon, zumal er ein Feind der Beleuchtung und anderer moderner Fortschritte stets war. Ein Extrablatt der Ausstellungs-Zeitung betont die Integrität beider anderen Ausschussmitglieder, Wölffle und Henschel. — Der noble Herr Kühnemann ist derselbe, der s. Z. das unerhörte Attentat auf das Coaltionsrecht der Arbeiter ausübte.

— Der Proceß Hammerstein droht, wie die „Pres. Stg.“ abweichend von anderen Mittheilungen meldet, sich außerordentlich in die Länge zu ziehen, da der Angeklagte immer neue Zeugen in seine Angelegenheit zu verwickeln strebt.

— Damm, 4. März. Bei der Sparfasse des Amtes in Rhunen sind Unregelmäßigkeiten in beträchtlichem Umfange vorgekommen. Bedeutende Beträge sind unterschlagen. Die Sparfasse sowie andere städtische Kassen wurden von zwei Regierungsbeamten geschlossen.

— Rom, 4. März. Alle Blätter bestätigen die Demission des Cabinets, welche morgen den Kammern mitgetheilt wird. Diese werden bis zur Entscheidung der Krone sich vertagen. Das Ministerium wird dem Parlament alle afrikanischen Actenstücke vorlegen. Der König beschied die Präsidenten beider Kammern zur Berathung und wird morgen mit anderen politischen Persönlichkeiten sich berathen.

— Der militärische Berichterstatter der „Pres. Stg.“ berichtet, es sei zweifellos, daß die Deutsche am 1. März, die in den letzten Wochen bereits mehrmals sich bedenklich gezeigt haben, in den alternativen Tagen gegen Cassala sowie die Italiener ergebnisse im Westen von Grynbrau vorgehen werden. Es sei alles verloren, was theilweise unter schweren Opfern Italien seit 1859 in Grynbrau gewonnen hat. Der Correspondent berichtet, Italien werde unter allen Umständen den Krieg fortführen, wozu heute Mehrheiten im Betrage von 200 Millionen Vire erforderlich sind, ganz gleichgültig, ob das Cabinet Crispi oder ein anderes sich am Ruder befindet. — Ein neues Ministerium dürfte sich doch bilden, gleich wiederum ungeheure Opfer für Afrika herzugeben.

— New-York, 4. März. Cleveland ist nach Washington zurückgekehrt. — Ein Telegramm des „Herald“ meldet aus Caracas: „Beneguela lehnte die Forderung Großbritanniens ab, daß der Grenzstreifen als besondere Frage betrachtet und Entschädigung gezahlt wird, und erklärte, die Bewilligung der Forderung wäre der Anerkennung der englischen Rechte auf das streitige Gebiet gleich. Es besteht darauf die ganze Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.“

— Breslau, 5. März. Heute Vormittag hatte sich der veranmaltliche Redacteur der „Volksrecht“, Genosse Reukirch in zwei Proceßen vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. In der ersten Sache handelte es sich um eine angeklagte Verächtlichmachung obrigkeitlicher Anordnungen, begangen durch einen Leitartikel der Nummer 290 der „Volksrecht“, in welchem das Einschubverbot von amerikanischen Fleisch einer unrichtigen Erachtens sehr sachlichen Kritik unterzogen ward. Das Gericht kam nach längerer Verhandlung ebenfalls zu der Uebersetzung von der Schuldlosigkeit des angeklagten „Presubers“ und sprach ihn kostenlos frei.

— In zweiten Falle handelte es sich um einen Artikel der „Volksrecht“, Wochenausgabe für das Waldenburger Gebiet, in welchem lediglich bergmännische Angelegenheiten besprochen waren. Durch die in jenem Artikel geäußerte Kritik gewisser Bergbeamten kategorien hatten 21 Steiger des Waldenburger Reviers sich beleidigt gefühlt und Strafantrag gestellt. Die Verhandlung dauerte den Verlauf des Blattes noch fort.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 4. März.
Todesfälle. 1. Johann, Sohn des Haushalters Johann ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...
6. ...
7. ...
8. ...
9. ...
10. ...

Briefkasten.

C. S. Z. 1. Ja, Ihre Gütern sind erberechtig: das ...
2. Die Geschwister Ihrer Frau haben ...

Briefkasten der Expedition.

H. V. Sedowakaze. Sowohl das eine als auch das andere ist möglich, und Bestimmtheit können wir es nicht ...